



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

### **Planungssicherheit für Tierhalterinnen und Tierhalter schaffen, Tierwohlcent rechtssicher einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass der Bund über das Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung insgesamt 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt hat. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der vom Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (Borchert-Kommission) im Februar 2020 vorgelegten und im April 2022 erneut bekräftigten Empfehlungen.

Der Finanzierungsbedarf insgesamt liegt jedoch weit höher und umfasst neben Investitionskosten auch den Anstieg der laufenden Kosten einer ökonomisch tragfähigen Nutztierhaltung mit höheren Tierwohlstandards.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich im Bund für die Einrichtung eines langfristigen und gesicherten Finanzierungsinstrumentes einzusetzen, dass die durch den Markt nicht kompensierten Mehrkosten, inklusive der laufenden Kosten, einer gesellschaftlich geforderten Tierhaltung berücksichtigt, Planungssicherheit für Tierhalterinnen und Tierhalter schafft und das Tierwohl verbessert. Dabei darf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft nicht negativ beeinträchtigt werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass auch andere Vereinbarungen der Borchert-Kommission zeitnah umgesetzt werden und der Tierwohl-Cent nicht isoliert betrachtet wird. Dazu gehört neben einem verlässlichen Finanzierungsmechanismus mit, an üblichen Nutzungsdauern angepassten Laufzeiten insbesondere auch eine Änderung und Harmonisierung des Genehmigungsrechts für tierwohlfördernde Baumaßnahmen.

Begründung:

Das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung hat in seinen Empfehlungen vom 19. April 2022 die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Chance für einen flächendeckenden Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland verpasst wird, wenn es an Verlässlichkeit und politischen Entscheidungen mangelt. Diese Sorge teilen wir. Tierhalterinnen und Tierhalter brauchen eine verlässliche, von breiten Mehrheiten getragene und über die Dauer von Legislaturperioden hinausreichende Entscheidung.

Rixa Kleinschmit  
und Fraktion

Dirk Kock-Rohwer  
und Fraktion